

**DRINGLICHE
INTERPELLATION**

von Ernst Schibli (SVP, Otelfingen) und Mitunterzeichnende

betreffend

Notentlassungen aus Gefängnissen

Die Raumnot in den Bezirksgefängnissen des Kantons Zürich hat zu einer alarmierenden Situation geführt: Wegen fehlender Räumlichkeiten und Zellen mussten im vergangenen Halbjahr rund 100 Notentlassungen von Untersuchungshäftlingen und Strafgefangenen vorgenommen werden.

Aufgrund der Platznot in den Bezirksgefängnissen sind auch die Polizeigefängnisse überfüllt. Die Polizei kann deshalb ihre Ermittlungen gegen mutmassliche Straftäter sowie notwendige Festnahmen nur noch zum Teil durchführen.

Verurteilte können wegen des Platzmangels ihre Strafen nicht antreten; für Täter mit mehrjährigen Freiheitsstrafen gibt es nicht selten Wartezeiten bis zu mehreren Jahren. Zudem können hunderte von Strafuntersuchungen wegen der misslichen Verhältnisse nicht einmal an die Hand genommen werden, sodass die Gefahr der Verjährung besteht. Dadurch haben Straftäter eine nicht geringe Chance, straffrei davonzukommen. Die Verhältnisse führen auch dazu, dass Strafuntersuchungen in einer Weise geführt werden, dass keine unbedingten Freiheitsstrafen mehr ausgefällt oder beantragt werden müssen; so können beispielsweise Drogendelinquenten und Serienebiebe wegen des Platzmangels nicht mehr inhaftiert werden.

Durch diese alarmierenden Zustände wird der Rechtsstaat unglaubwürdig und die Sicherheit der Bevölkerung ist immer weniger gewährleistet. Die Verantwortung für das Gefängniswesen und den Strafvollzug trägt der Vorsteher der Justizdirektion. 1988 hat die damalige Justizdirektorin auf einen kantonsrätlichen Vorstoss Massnahmen angekündigt. Obwohl sich die Lage seither immer mehr verschärft hat, ist bis heute aber viel zu wenig geschehen. In Anbetracht der alarmierenden Situation drängen sich rasche Massnahmen auf. Dies veranlasst uns zu folgenden Fragen an den Regierungsrat:

1. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass keine weiteren Notentlassungen mehr vorkommen dürfen?
2. Welche Sofortmassnahmen und welche längerfristigen Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu treffen, um die alarmierende Situation im zürcherischen Gefängniswesen wieder in den Griff zu bekommen?
3. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu treffen, damit nicht hunderte von Straffällen monatelang unbearbeitet liegen bleiben?

Ernst Schibli

Hansjörg Schmid	Hans-Rudolf Winkelmann
Dorothee Fierz	Helen Kunz
Martin Mossdorf	Peter Grau
Rene Berset	Prof. Kurt Schellenberg
Josef Winkelmann	Dr. Ulrich E. Gut
Markus Federer	Dr. Werner Hegetschweiler
Dr. Richard Roth	Christian Bretscher
Theo Leuthold	Max Moser
Ernst Stocker	Hans Fehr
Willy Haderer	Laurenz Styger
Werner Peter	Erhard Bernet
Georg Schellenberg	Thomas Dähler
Bruno Kuhn	Dr. Caspar-Vital Gattiker
Ulrich Welti	Karl Weiss
Dr. Hermann Weigold	Dr. Armin Heinimann
Peter Abplanalp	Theo Quinter
Dagobert Stampfli	Peter Niederhauser
Paul Zweifel	Rolf Sägesser
Markus Kägi	Dr. Lukas Briner
Johann Jucker	Max Keller
Werner Schwendimann	Peter Aisslinger
Albert Nufer	Eduard Kübler
Werner Müller	Dr. Martin Zollinger
Erwin Kupper	Richard Stucki
Toni Bortoluzzi	Dr. Balz Hösly
Remo Patroni	Dr. Jörg Rappold
Bruno Bösel	Dr. Klara Reber
Georg Züblin	Robert Henauer
	Franziska Troesch-Schnyder